



4. März 2025

PRESSEMITTEILUNG

Rückkehr zur Sachlichkeit gefordert: Grüne Kreistagsfraktion verurteilt Kampagne gegen Landschaftsschutzgebiete

In der aktuellen Debatte um die Neuverordnung der Landschaftsschutzgebiete (LSG) im Landkreis kritisiert die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen die aggressive Rhetorik und die rechtlich fragwürdigen Argumente der Gegner scharf. Insbesondere die persönliche Diskreditierung von Behördenmitarbeitern und die gezielten Einschüchterungsversuche gegenüber dem Landrat schaden dem Ansehen unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen.

Angriffe auf die Verwaltung sind inakzeptabel

Mit Sorge beobachtet die Fraktion, dass die fachliche Arbeit des Landratsamtes (LRA) durch Anwaltsschreiben und öffentliche Kampagnen systematisch herabgewürdigt wird. „Dass eine erfahrene Juristin des Landratsamtes, die lediglich ihre Dienstpflichten erfüllt, mit Namen an den Pranger gestellt wird, ist schlechter Stil und unerhört“, so Fraktionssprecherin Cornelia Riepe. Diese Form der Auseinandersetzung verlässt den Boden einer sachlichen Debatte. Wenn Mitarbeiter der Verwaltung und Mitglieder des Gremiums persönlich angegriffen werden, beschädigt dies die Funktionsfähigkeit unserer Behörden und die Integrität des Kreistags.

Gemeinwohl steht vor Partikularinteressen

Der Schutz unserer Natur und Landschaft ist keine rein freiwillige Option, sondern ein Auftrag im Sinne des Gemeinwohls. Die Alpenkonvention verpflichtet uns rechtlich bindend dazu, bestehende Schutzgebiete zu erhalten und nach Möglichkeit neue auszuweisen. Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 2023 klargestellt, dass es sich hierbei nicht um bloße Absichtserklärungen handelt.

Die Behauptungen der Gegenseite – insbesondere durch Rechtsanwalt Ziegler – entbehren oft einer tragfähigen rechtlichen Grundlage. So ist beispielsweise die Forderung nach einer formellen Verlängerung der Einwendungsfrist gesetzlich gar nicht vorgesehen. Das Landratsamt geht bereits einen fairen Weg, indem es verspätete Einwendungen prüft, solange das Verfahren dadurch nicht verzögert wird.

Landschaftsschutz erhalten, zurück zur Sacharbeit

Die Grünen fordern eine Rückkehr zur sachlichen Diskussion. „Wir akzeptieren, dass Anwohner ihre Interessen wahrnehmen. Aber wenn Einzelinteressen über den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen aller Bürgerinnen und Bürger gestellt werden und dies mit einer unangemessenen Wortwahl forciert wird, müssen wir eine klare Grenze ziehen“, betont Fraktionssprecher und Landratskandidat Thomas Tomaschek.

Gerüchte um nie dagewesene Absprachen zwischen den Grünen mit anderen Parteien und auch die Behauptungen, das Landratsamt baue eine „Drohkulisse“ auf, sind haltlos. Es ist die Pflicht der Behörde, den Kreistag über die Konsequenzen einer Nicht-Handlung aufzuklären – dazu gehört auch der Hinweis, dass bei Untätigkeit des Landkreises die Regierung von Oberbayern zum Schutz des Allgemeinwohls eingreifen kann.

Die Grüne Fraktion setzt sich weiterhin für den Erhalt der Landschaftsschutzgebiete im Landkreis ein. „Sie wurden vor gut 70 Jahren als weitsichtiger Kompromiss geschaffen: Sie haben bisher unsere Landschaft vor unkontrollierter Bebauung und Zersiedelung geschützt, auch und gerade im Interesse der Landwirtschaft und des Tourismus. Und sie ermöglichen gleichzeitig eine Nutzung und umsichtige Entwicklung,“ so Tomaschek. „Durch juristische Störmanöver und Einzelinteressen dürfen wir uns nicht vom gemeinsamen Ziel abbringen lassen, unsere Landschaft durch Schutzgebiete zu bewahren.“



Thomas Tomaschek
(Fraktionssprecher)
Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen



Cornelia Riepe
(stellv. Fraktionssprecherin)